

Das wilhelminische Deutschland

Die Epoche zwischen 1890 und 1914 wird gemeinhin mit dem Begriff »wilhelminisch« bezeichnet. Damit wird die herausragende Rolle betont, die Wilhelm II. in diesen Jahrzehnten im politischen und gesellschaftlichen Leben des Kaiserreichs gespielt hat. »Seit Fredericus hatte man es auf deutschem Boden nicht mehr erlebt, daß ein ganzes Zeitalter Stempel und Etikett eines Fürsten trug«, schrieb Egon Friedell 1927 in seiner »Kulturgeschichte der Neuzeit«. Tatsächlich verkörperte der junge Kaiser in ganz ungewöhnlichem Maße die **nervösen Zeiten**, denen er den Namen gab: Er war impulsiv und reizbar, interessiert an allen Entwicklungen der modernen Technik, zugleich aber fasziniert von militärischem Pomp und getrieben von einem unstillbaren Hang zur theatralischen Selbstinszenierung. »Der Grundzug seines Wesens ist Eitelkeit und Selbstverherrlichung«, notierte Vizeadmiral Albert Hopman 1912. »Daher auch das dauernde Reden, Belehren und Erzählen, das Fühlenlassen und Betonen seiner Überlegenheit, der Unwille gegen jeden Widerspruch, kurz sein Cäsarentum.« Doch hinter aller Kraftmeierei verbargen sich Unsicherheit und ein tiefstzender Minderwertigkeitskomplex. Prinz Wilhelm litt seit seiner Geburt an einer Behinderung: Sein linker Arm war verkrüppelt, und Kindheit und Jugend waren überschattet gewesen von diesem »Makel« und dem Zwang, ihn kaschieren zu müssen. Zeitlebens blieb Wilhelm II. eine narzisstisch gestörte Persönlichkeit, die extrem empfänglich war für Schmeicheleien, was den Einflüsterern am kaiserlichen Hofe einen unverhältnismäßig großen Einfluss verschaffte. Sie bestärkten den Monarchen in seinen selbtherrlichen Allüren, statt ihn behutsam zu korrigieren und mit den Notwendigkeiten eines verantwortlichen Regierens bekannt zu machen. Ein kritischer Beobachter wie der Vortragende Rat im Auswärtigen Amt, Friedrich von Holstein, fühlte sich bereits 1894 an ein »Operettenregiment« erinnert. Hektische Betriebsamkeit und sprunghafte Entscheidungen charak-

S. 93



Kaiser Wilhelm II.

terisierten den Regierungsstil Wilhelms II. Sich intensiv und konzentriert mit einem Problem zu befassen, war ihm zutiefst zuwider. Stattdessen reiste er lieber im Sonderzug im Lande umher und hielt Reden, die immer wieder einen Mangel an Takt und Augenmaß verrieten. »Einer nur ist Herr im Lande«, erklärte er etwa im Mai 1891, »und das bin ich. Keinen andern werde ich neben mir dulden.« Zwischen Anspruch und Wirklichkeit des »persönlichen Regiments« tat sich freilich eine nicht unbeträchtliche Kluft auf. Denn der Kaiser war, so sehr er sein autokratisches Sendungsbewusstsein hervorhob, kein Alleinherrscher, der alles bestimmen konnte. Er musste Rücksicht nehmen auf andere Machtfaktoren, auf den exklusiven Status des preußischen Adels, auf Bürokratie und Reichstag, die konservativen **Parteien** und die mächtigen industriellen und agrarischen **Interessenverbände**, schließlich auch auf Öffentlichkeit und Presse. Wilhelm II. war nicht, wie Hans-Ulrich Wehler zu Recht gegen den Kaiser-Biographen John C.G. Röhl eingewandt hat, »das einzige Bewegungszentrum der deutschen Politik«, aber er war auch mehr als nur ein Akteur unter vielen anderen. Als Inhaber der »Kommandogewalt« bestimmte er über alle wesentlichen Personalentscheidungen in Heer und Marine. Das gab ihm die Möglichkeit, sich ein ihm ergebendes Offizierskorps heranzuziehen. Anders als sein Großvater pochte Wilhelm II. auf sein Recht, die preußischen Minister, die Staatssekretäre der Reichsämter und die Botschafter nach Gutdünken zu ernennen und zu entlassen. Wer nicht in der Gunst des Monarchen stand, hatte kaum eine Chance auf einen hohen Posten in Regierung und Verwaltung. Vor allem aber übten der Kaiser und sein Hofstaat einen großen, wenngleich in der Intensität schwankenden Einfluss auf alle außen- und innenpolitischen Entscheidungen aus.

»Der Kurs bleibt der alte, und nun Volldampf voraus!« Mit diesem markigen Satz wandte sich Wilhelm II. am 22. März 1890, wenige Tage nach Bismarcks Entlassung, an die Öffentlichkeit. Doch der Kurs blieb keineswegs der alte. Der neue Reichskanzler, General Leo von Caprivi,

traf, kaum im Amte, eine Entscheidung von weittragender Bedeutung: Der Rückversicherungsvertrag mit Russland wurde nicht mehr verlängert. Dem politisch gänzlich unerfahrenen Karriere-Offizier erschien das Netz der Bündnisverpflichtungen, das sein Vorgänger kunstvoll geknüpft hatte, als zu kompliziert. Er wollte klare, übersichtliche Verhältnisse schaffen. Dabei verkannte er, dass, wenn man einen so wichtigen Baustein herausbrach, das ganze Gebäude ins Wanken kommen musste. Die Entfremdung zwischen Russland und dem Kaiserreich hatte schon vor 1890 begonnen, nicht zuletzt infolge der Schutzpolitik, welche die russischen Getreideimporte nach Deutschland erschwerte. Doch die Nichterneuerung des Rückversicherungsvertrages markierte eine Zäsur im russisch-deutschen Verhältnis. Damit war das wichtigste Hindernis beseitigt, das einer russisch-französischen Allianz bislang im Wege gestanden hatte. Dem Abschluss einer Militärkonvention 1892 folgte zwei Jahre später ein förmliches Bündnis zwischen beiden Mächten. Nur vier Jahre nach seinem Sturz war Bismarcks Alptraum eines Zweifrontenkriegs in den Bereich des Möglichen gerückt.

Zur selben Zeit, als die deutsche Diplomatie auf Distanz zum Zarenreich ging, suchte sie eine Annäherung an Großbritannien. Im Helgoland-Sansibar-Vertrag vom 1. Juli 1890 verzichtete das Reich auf koloniale Ansprüche in Ostafrika, unter anderem auf die Insel Sansibar, und erhielt dafür die Nordseeinsel Helgoland (seit 1815 in britischem Besitz). Das Abkommen löste unter den Kolonialbefürwortern eine heftige Protestbewegung aus. Aus ihr ging der Alldeutsche Verband hervor, der sich bald zur Speerspitze des Radikalnationalismus im Kaiserreich entwickeln sollte. Caprivi ließ sich dadurch wenig beeindrucken. »Je weniger Afrika, desto besser für uns«, lautete seine Maxime, die an die Skepsis Bismarcks hinsichtlich des Wertes kolonialer Besitzungen anknüpfte. Nach wie vor galt das Hauptaugenmerk der Sicherung und Stärkung der kontinentalen Machtstellung des Reiches. Diesem Ziel fügte Caprivi mit dem Abschluss einer Reihe bilateraler

Handelsverträge ein wichtiges neues Element hinzu. Damit wollte er den Bedürfnissen der deutschen Exportwirtschaft entgegenkommen. Der Widerstand, den die Großagrarien dagegen mobilisierten, war eine der wesentlichen Bedingungen für die Entlassung Caprivis im Oktober 1894.

Die Hoffnung, über eine Verständigung in kolonialpolitischen Fragen England an den Dreibund heranführen zu können, erfüllten sich nicht. Unter Caprivis Nachfolger, Fürst Clodwig zu Hohenlohe-Schillingsfürst, verschlechterten sich die deutsch-britischen Beziehungen kontinuierlich. Großen Anteil daran hatte Wilhelm II., der durch seine sprunghaften Eingriffe in die auswärtige Politik die europäische Diplomatie zunehmend in Atem hielt. Zu welchen fatalen Konsequenzen der kaiserliche »Zickzackkurs« führen konnte, zeigte sich am deutlichsten in der Aufregung um die sogenannte »Krüger-Depesche« im Januar 1896. Weder das Auswärtige Amt noch der Reichskanzler hatten den Monarchen davon abhalten können, den Burenpräsidenten Paulus (»Ohm«) Krüger zur Abwehr eines von der britischen Kap-Kolonie aus gesteuerten Überfalls telegraphisch zu beglückwünschen. In England wurde das Telegramm als eine gezielte Kampfansage interpretiert; eine nachhaltige Verstimmung war die Folge. Die Sorge, das wirtschaftlich immer stärker auftrumpfende Kaiserreich hege die Absicht, die Weltmacht England herauszufordern und von seinem Spitzenplatz zu verdrängen, beherrschte fortan das britische Kabinett.

Unberechtigt waren derlei Befürchtungen nicht. Seit Mitte der 1890er Jahre mehrten sich die Anzeichen, die auf einen grundlegenden Wandel in der deutschen Außenpolitik schließen ließen. Vor allem in bürgerlichen Schichten wurde zum Glaubenssatz, dass Deutschland »Weltpolitik« treiben müsse, wenn es im globalen Wettstreit gegenüber den anderen Großmächten nicht hoffnungslos ins Hintertreffen geraten wolle. »Es ist daher eine Lebensfrage für eine Nation heute, kolonialen Drang zu zeigen«, predigte Heinrich von

Treitschke, der einflussreichste Historiker des Kaiserreichs, in seinen Vorlesungen an der Berliner Universität. Der Ruf nach überseeischer Expansion wurde immer lauter und setzte die Reichsleitung unter Erwartungsdruck. Es war der neue Staatssekretär des Äußeren, Bernhard von Bülow, von 1900 bis 1907 deutscher Reichskanzler, der in seiner Reichstagsrede vom 6. Dezember 1897 die Parole aufnahm und zur künftigen Leitschnur der deutschen Außenpolitik erklärte: »Wir wollen niemand in den Schatten stellen, aber wir verlangen auch unseren Platz an der Sonne.«

Deutschlands Ausgreifen in die »Weltpolitik« war, obwohl es sich durchaus in den allgemeinen Zug des imperialistischen Zeitalters einfügte, von Anfang an mit spezifischen Problemen behaftet. Um 1900 war die Aufteilung der Welt bereits weitgehend abgeschlossen; mit seinem Anspruch auf einen »Platz an der Sonne« kam das Kaiserreich, das seine ersten zögernden Schritte auf kolonialpolitischem Felde Mitte der 1880er Jahre abgebrochen hatte, im Grunde zu spät. Denn wo immer es jetzt seinen Fuß hinsetzte, stieß es auf entgegengesetzte Interessen der arrivierten Kolonialmächte, allen voran Englands. Das Gefühl des Zuspätkommens und der Drang, das bislang Versäumte überstürzt nachholen zu müssen, verliehen der deutschen »Weltpolitik« Züge einer nervösen Unrast, die für eine Dauerbeunruhigung im Mächtesystem sorgte. Immer mitmischen, überall Flagge zeigen zu wollen – das wurde zum Imperativ wilhelminischer Außenpolitik. So nimmt es nicht wunder, dass der Parvenü auf weltpolitischem Parkett bald als unliebsamer Störenfried empfunden wurde. In Wilhelm II., der ein waches Gespür für populäre Stimmungen besaß, fanden die weltpolitischen Ambitionen des Kaiserreichs einen eifrigen Förderer. Auf ihn ging auch die Anregung zurück, eine große Schlachtflotte zu bauen – als Symbol und Instrument des neuen deutschen Weltmachtstrebens. Ausgeführt wurde das kaiserliche Lieblingsprojekt vom Staatssekretär des Reichsmarineamts, Großadmiral Alfred von Tirpitz, einem ungewöhnlich fähigen Organisator.

Gegenüber Reichstag und Öffentlichkeit begründete Tirpitz die Notwendigkeit der Flottenrüstung mit der so genannten »Risikotheorie«: Die deutsche Seemacht müsse so stark werden, dass es Großbritannien nicht wagen könne, in einem Kontinentalkrieg für Deutschlands Gegner Partei zu ergreifen. In Wahrheit aber verfolgte der Tirpitz-Plan nicht nur eine defensive, sondern auch eine offensive Zielsetzung: nämlich auf maritimem Gebiet mit England gleichzuziehen und ihm seine weltpolitische Vorherrschaft streitig zu machen. Das bedeutete die Abkehr von dem Grundprinzip Bismarckscher Außenpolitik, allen hegemonialen Versuchungen zu entsagen und das Machtpotential des Reiches im eigenen Interesse zu zügeln. Stattdessen zielte die wilhelminische »Weltpolitik« nun direkt ins Herz des britischen Weltreichs. »Ein hasardeurhafter Zug des Alles oder Nichts haftete der Entscheidung zum Flottenbau an«, so hat Klaus Hildebrand diese entscheidende Weichenstellung charakterisiert.

Allerdings war die Reichsleitung darauf bedacht, die Weltmacht nicht zu früh zu provozieren. Hier wirkte der »Kopenhagen-Komplex«, also die Befürchtung, Großbritannien könne durch einen überraschenden Präventivschlag der deutschen Flotte ein ähnliches Schicksal bereiten wie dem dänischen Geschwader im Herbst 1807. Deshalb, so forderte Bülow im Juli 1899, müsse das Deutsche Reich in seiner überseeischen Expansionspolitik zunächst »vorsichtig operieren, wie die Raupe, bevor ihr die Schmetterlingsflügel gewachsen sind«. Neben China, wo sich das Reich 1897/98 die Bucht von Kiautschou sicherte, wurde das Osmanische Reich zum bevorzugten Aktionsfeld wilhelminischer Diplomaten, Industrieller und Bankiers. 1898 erwarb ein Bankenkonsortium unter Führung der Deutschen Bank die Vorkonzession für den Bau der Bagdadbahn – das ehrgeizigste Projekt wilhelminischer »Weltpolitik«. Nicht nur England, sondern auch Russland sahen sich hier in ihren Interessen tangiert: England, weil es seine strategische Position am Persischen Golf, Russland, weil es sein traditionelles Ziel, die türkischen Meerengen, bedroht sah. Die deutsche

Diplomatie aber vertraute darauf, dass die Rivalität zwischen Großbritannien und Rußland im Nahen und Mittleren Osten unüberbrückbar sei und Deutschland sich eine »Politik der freien Hand« leisten könne. Daher beantwortete sie auch alle von britischer Seite 1898 und 1901 unternommenen Versuche, die Möglichkeiten einer Verständigung auszuloten, mit kühler Zurückhaltung, was wiederum in London als Brüskierung empfunden wurde.

Um die Jahrhundertwende waren die Weichen für Deutschlands Isolierung gestellt. Beunruhigt über das unberechenbare Auftrumpfen der Großmacht in der Mitte Europas, begannen die anderen Mächte ihre Interessengegensätze zu bereinigen und gemeinsam nach Mitteln und Wegen zu suchen, um dem deutschen Hegemoniestreben einen Riegel vorzuschieben. Im April 1904 verständigten sich Frankreich und Großbritannien über ihre kolonialen Streitfragen vor allem in Afrika. Die Probe bestand diese »Entente cordiale« in der ersten Marokkokrise 1905/06. Sie begann mit einer Aufsehen erregenden Aktion: Ende März ging Wilhelm II. im Hafen von Tanger vor Anker, um die wirtschaftlichen Interessen Deutschlands in Marokko zu unterstreichen, zugleich aber auch, wie Bülow betonte, »die Gegenwart Deutschlands im Weltkonzert« unter Beweis zu stellen. Tatsächlich holte es sich mit der unnötigen Provokation eine deftige Abfuhr. Auf der internationalen Konferenz in der spanischen Stadt Algericas (Januar bis April 1906) sah sich das Deutsche Reich isoliert; Frankreich hingegen erhielt weitgehend freie Hand, um Marokko in seinen Einflussbereich zu ziehen.

Eine weitere schwere Schlappe erlitt die deutsche Diplomatie Ende August 1907, als sich Großbritannien und Russland in einem Abkommen auf eine Abgrenzung ihrer Interessensphären im Mittleren Osten und in Asien verständigten. Aus der Entente cordiale wurde eine Triple-Entente. Die wilhelminischen Staatsmänner standen vor einem Scherbenhaufen, den sie freilich selbst angerichtet hatten. Was in Berlin als »Einkreisung« empfunden und beklagt wurde, war in Wahrheit

»Selbst-Auskreisung«, das Ergebnis der eigenen prestigesehnsüchtigen Weltmacht- und Flottenpolitik. Da Italien nun erkennbare Anstalten machte, sich den Verpflichtungen des Dreibundvertrags zu entziehen, war das Deutsche Reich mehr denn je auf Österreich-Ungarn als dem einzig verlässlichen Bündnispartner angewiesen. Als die Donaumonarchie im Oktober 1908 Bosnien und die Herzegowina annektierte – ein Bruch des Berliner Vertrages von 1878 – und dadurch Russland, die Schutzmacht der Serben, auf den Plan rief, stellte sich die Reichsleitung demonstrativ hinter den Bundesgenossen. Noch immer geschwächt durch die Niederlage im Krieg mit Japan 1904/05, musste das Zarenreich zurückweichen und die Annexion anerkennen. Der Prestigeerfolg des Zweibunds war jedoch teuer erkaufte. Statt den »Einkreisungsring« zu sprengen, schmiedete ihn die deutsche Politik erst recht zusammen. Die Blockkonfrontation zwischen Zweibund und Triple-Entente verfestigte sich, und das ließ für die Zukunft nichts Gutes erwarten.

Auch in der Innenpolitik fiel die Bilanz des »Neuen Kurses« nach 1890, alles in allem, wenig günstig aus. Dabei hatte Caprivi seine Regierung verheißungsvoll begonnen: Er wollte, anders als Bismarck, versöhnen statt spalten, durch moderate Reformen soziale Spannungen mildern. Ein ganzes Bündel von sozialpolitischen Gesetzen wurde verabschiedet, darunter eine Novelle der Gewerbeordnung, die ein Verbot von Sonntagsarbeit und der Beschäftigung von Kindern in Fabriken aussprach. Darüber hinaus wurden Gewerbeberichte eingeführt, in denen Arbeitnehmer und Arbeitgeber paritätisch vertreten waren. Doch die damit verbundene Erwartung, die Arbeiterschaft von der Sozialdemokratie abziehen und an den monarchischen Obrigkeitsstaat heranführen zu können, erfüllte sich nicht. In dem Maße, in dem die SPD in den Reichstagswahlen der 1890er Jahre ihren Stimmenanteil erhöhen konnte, erlahmte der Reformeifer. Bereits unter Caprivis Nachfolger Hohenlohe stand die Innenpolitik ganz im Zeichen verstärkter Bemühungen, den Kampfkurs gegen die Sozialde-

mokratie wieder aufzunehmen. Im Dezember 1894 brachte die Regierung die so genannte »Umsturzvorlage« in den Reichstag ein, die Aufrufe zum »Klassenhass« oder abfällige Äußerungen über die Monarchie mit hohen Strafen bedrohte. Mit ihren sehr dehnbaren Formulierungen richtete sich die Vorlage nicht nur gegen Sozialdemokraten, sondern gegen alle der Regierung missliebigen Bestrebungen. So war es nicht verwunderlich, dass der Reichstag ihr im Mai 1895 die Zustimmung verweigerte. Einen erneuten Versuch unternahm Hohenlohe mit der »Zuchthausvorlage« vom Mai 1899, die auf eine Einschränkung des gesetzlich verankerten »Koalitionsrechts« zielte. Künftig sollte die Behinderung von »Arbeitswilligen« bei Streiks scharf geahndet werden, ebenso jeder Versuch, Arbeiter durch Druck zur Mitgliedschaft in einer Gewerkschaft zu bewegen. Auch diese Vorlage fiel im November 1899 durch den Reichstag.

Das Scheitern der neuen Ausnahmegesetze machte klar: Mit den Mitteln verschärfter Repression ließ sich der Siegeszug der Sozialdemokratie nicht aufhalten. An deren Stelle trat ein flexibleres Konzept, das unter der Parole der »nationalen Sammlung« ein möglichst breites Bündnis aller »staatserhaltenden Kräfte« anstrebte. Die neue Sammlungspolitik bedeutete einerseits eine Neuauflage der von Bismarck geschmiedeten Allianz von »Roggen und Eisen«, andererseits sollte ihre gesellschaftliche Basis durch eine mittelstandsfreundliche Politik erweitert werden. Für Bülow, der im Oktober 1900 Hohenlohe als Kanzler ablöste, stand dieses innenpolitische Konzept in einem engen Zusammenhang mit der von ihm inaugurierten »Weltpolitik«. »Ich lege den Hauptakzent auf die auswärtige Politik«, hatte er bereits im Dezember 1897 an Philipp Graf zu Eulenburg, den engsten Freund des Kaisers, geschrieben. »Nur eine erfolgreiche äußere Politik kann helfen, versöhnen, beruhigen, sammeln, einigen.« In den Gesamtrahmen dieser Politik gehörte auch eine Wiederaufnahme der ins Stocken geratenen Sozialpolitik. Unter der Federführung des Staatssekretärs im Reichsamt des Innern, Arthur Graf von Posadowsky-Wehner,

wurden die Unfall- und Krankenversicherung ausgebaut, das Verbot der Kinderarbeit auf die Heimindustrie ausgedehnt, Mittel für den Arbeiterwohnungsbau bereitgestellt. Den Interessen der konservativen Agrarier kam die Reichsleitung entgegen, indem sie 1902 die Einfuhrzölle auf Getreide deutlich erhöhte, was zur Verteuerung der Brotpreise führte und die Unzufriedenheit in den einkommensschwachen Schichten verstärkte. Dass gegen die ostelbischen Großgrundbesitzer und ihre Lobby im Kaiserreich nicht regiert werden konnte, zeigte sich auch in den Auseinandersetzungen um den Bau des Mittellandkanals. Die Konservativen liefen gegen dieses Vorhaben Sturm, weil sich dadurch die Transporte für Getreide aus dem Ausland erheblich verbilligt hätten. Dieser Widerstand zwang die Regierung 1905, auf das entscheidende Verbindungsstück des Kanals zwischen Hannover und der Elbe zu verzichten.

Im Reichstag stützte sich Bülow auf eine solide Mehrheit aus den beiden konservativen Fraktionen, den Nationalliberalen und dem Zentrum (**Parteien**). Doch im Dezember 1906 beendete der Reichskanzler die Zusammenarbeit mit der katholischen Partei abrupt, als diese mit der Sozialdemokratie im Reichstag gegen einen Nachtragshaushalt zum Kolonialetat stimmte. Hintergrund war der brutale Vernichtungsfeldzug eines deutschen Expeditionskorps gegen die aufständischen Herero in Deutsch-Südwestafrika (**Hererokrieg**). Bülow löste den Reichstag auf und entfesselte eine nationalistische Kampagne, in der sich, wie schon zu Bismarcks Zeiten, Sozialdemokraten und Katholiken wieder als »Reichsfeinde« stigmatisiert sahen. Der eigentliche Verlierer der »Hottentottenwahlen« war die SPD, die fast die Hälfte ihrer Mandate verlor, obwohl der Stimmenanteil nur geringfügig (von 31,7 auf 28,9 Prozent) zurückging. Bülow setzte seine Sammlungspolitik in einer neuen parlamentarischen Konstellation, dem so genannten »Bülow-Block«, fort, dem außer den Konservativen und Nationalliberalen nun auch erstmals die Linksliberalen angehörten. Allerdings waren die inneren Spannungen in diesem **Parteien**-Bünd-

nis viel zu groß, als dass es zum Motor einer entschiedenen Reformpolitik hätte werden können. Auf ein Reichsvereinsgesetz, das Frauen die politische Betätigung erlaubte, wenngleich sie weiterhin nicht wählen durften (**Frauen und Frauenbewegung**), konnte man sich im August 1908 noch einigen; doch die dringend notwendige Reform des völlig antiquierten preußischen Dreiklassenwahlrechts scheiterte an der strikten Ablehnung der Konservativen, die ihre Privilegien bedroht sahen.

Ein Schlaglicht auf die inneren Zustände im Kaiserreich warf die »Daily Telegraph«-Affäre im Herbst 1908. Am 28. Oktober erschien in der britischen Zeitung ein Interview Wilhelms II., das an rhetorischen Entgleisungen alles bisher bei diesem Herrscher Gewohnte übertraf. »Ihr Engländer«, so hatte der Kaiser seinem Gesprächspartner eröffnet, »seid verrückt, verrückt, verrückt wie die Märzhasen.« Denn statt zu begreifen, dass er, Wilhelm II., ihr bester Freund sei, würden sie ihm nur mit Argwohn begegnen. Dies sei für ihn umso unangenehmer, als er sich mit seinen freundschaftlichen Gefühlen im Gegensatz zur großen Mehrheit seines eigenen Volkes befinde. »Ich bin also sozusagen in einer Minderheit in meinem eigenen Land, aber sie ist die Minderheit der besten Elemente.« Bülow hatte es versäumt, den Text vor seiner Veröffentlichung zu lesen, und die Beamten im Auswärtigen Amt hatten ihn trotz mancher Bedenken passieren lassen. »Etwas Derartiges an sträflicher Lumperei, gewissenlosem Leichtsinne ist wohl nie dagewesen und wohl geeignet, das schon so verschüttete Vertrauen in unsere politische Leitung ganz zu zerstören«, empörte sich die Baronin von Spitzemberg am 1. November in ihrem Tagebuch. In dem öffentlichen Entrüstungsturm, der nun losbrach, entlud sich der ganze Verdross, der sich im Laufe von zwei Jahrzehnten über das »persönliche Regiment« des Kaisers angesammelt hatte. Im Reichstag übten Sprecher aller **Parteien**, sogar der Konservativen, heftige Kritik am Monarchen. Am Ende musste Wilhelm II. versprechen, sich künftig in seinen öffentlichen Äußerungen größerer Zurückhaltung zu be-

S. 72

S. 96

S. 72

S. 78

S. 72

fleißigen. »Es war die schlimmste Demütigung, die einem Hohenzollern widerfahren war, seit Friedrich Wilhelm IV. sein Haupt vor den Leichen der Barrikadenkämpfer entblößen mußte«, schrieb der Pazifist Ludwig Quidde, der 1894 mit seiner Schrift »Caligula. Eine Studie über römischen Cäsarenwahn« – eine als wissenschaftliche Arbeit getarnte Kritik an Wilhelm II. – für Furore gesorgt hatte.

Über die »Daily Telegraph«-Affäre ging das Vertrauensverhältnis zwischen Kaiser und Kanzler zu Bruch. Wilhelm II. war tief gekränkt, dass Bülow ihn nicht entschieden öffentlich verteidigt hatte, und suchte nur noch nach einer Gelegenheit, ihm den Laufpass zu geben. Die kam mit dem Streit um die Reichsfinanzreform im Sommer 1909. Die Ausgaben für die Armee, noch mehr aber für die Marine hatten die Schuldenlast des Reiches in die Höhe getrieben. Neue Steuerquellen mussten erschlossen werden. Doch im Reichstag stimmten die Konservativen im Juni 1909, gemeinsam mit dem Zentrum, gegen ein Herzstück der Reform, die Erbschaftssteuer. Damit war der »Bülow-Block« auseinander gebrochen. Der Kanzler musste seinen Abschied nehmen.

Der Weg in den Weltkrieg

Theobald von Bethmann Hollweg, der neue Kanzler, entsprach nicht dem Typus eines wilhelminischen Politikers, wie ihn Bülow verkörpert hatte. Er war kein gewandter Diplomat, der seinen Aufstieg der Protektion durch die kaiserliche Entourage verdankte, sondern ein fähiger Verwaltungsjurist, der sein Amt ernst und pflichtbewusst, ohne die Allüren des Vorgängers, ausübte. In der auswärtigen Politik besaß er allerdings kaum Erfahrungen, und gerade auf diesem Gebiet hatte ihm Bülow ein schwieriges Erbe hinterlassen. Das Deutsche Reich war außenpolitisch weithin isoliert; die Habsburgermonarchie, der einzige Bündnispartner von Gewicht, durch Nationalitätenkonflikte geschwächt. Den besten Ansatzpunkt, um aus der verfahrenen Lage her-

auszukommen, erblickte Bethmann Hollweg in einer Verbesserung der Beziehungen zu Großbritannien. Das setzte freilich die Bereitschaft auf deutscher Seite voraus, Tempo und Umfang der Flottenrüstung deutlich zu reduzieren. Dagegen sperrte sich jedoch Tirpitz, der in dieser Frage nicht nur den Kaiser, sondern auch weite Teile der chauvinistisch aufgeheizten Öffentlichkeit auf seiner Seite wusste. Einen offenen Konflikt mit dem Großadmiral konnte der Reichskanzler unter diesen Umständen nicht riskieren.

So steckten die Bemühungen um eine Verständigung mit Großbritannien von Anfang an in einer Sackgasse. Überdies wurden sie konterkariert durch die deutsche Politik in der Zweiten Marokkokrise vom Sommer 1911. Als die französische Regierung Anstalten machte, sich endgültig des nordafrikanischen Landes zu bemächtigen, kreuzte das deutsche Kriegsschiff »Panther« im Hafen von Agadir auf – ein spektakulärer Akt der Kanonenbootdiplomatie, für den in erster Linie der Staatssekretär im Auswärtigen Amt, Alfred von Kiderlen-Wächter, die Verantwortung trug. Er wollte Frankreich unter Druck setzen und es zwingen, als Kompensation für Marokko Teile seines mittelafrikanischen Kolonialbesitzes ans Reich abzutreten. Der »Panthersprung von Agadir« löste in Deutschland fast einhellige Begeisterung aus und wurde in der nationalistischen Presse als befreiende Tat gefeiert. Doch im Ausland verstärkte er die Befürchtungen vor der säbelraselnden Großmacht im Herzen Europas. Die britische Regierung stellte sich demonstrativ hinter Frankreich und bekundete ihre Entschlossenheit, im Konfliktfall auf der Seite des Bundesgenossen zu kämpfen. Erst im November 1911 wurde die Krise beigelegt: Deutschland verzichtete auf seine Ansprüche in Marokko und erhielt dafür ein Gebiet des französischen Kongo – ein mageres Resultat, zumal wenn man bedenkt, um welchen Preis es erkaufte worden war.

Statt seinen Handlungsspielraum zu erweitern, hatte sich das Deutsche Reich noch weiter ins Abseits manövriert. Nicht nur in Kreisen der Militärs, sondern auch im öffentlichen Diskurs gewöhnte man

Leben. 1893 folgte die Gründung des Zentralvereins deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens, der sich zur größten jüdischen Interessenvertretung im Kaiserreich entwickelte. Beide Organisationen wandten sich gegen die antisemitische Agitation und traten für die vollkommene Gleichstellung der Juden in Deutschland ein. Auch die Sozialdemokratie bezog scharf gegen den Antisemitismus Stellung. Und diese Aufklärungsarbeit blieb nicht ohne Wirkung auf die eigene Anhängerschaft. Zwar gibt es Anhaltspunkte dafür, dass auch sozialdemokratische Arbeiter nicht völlig immun waren gegen antisemitische Vorurteile, aber insgesamt waren sie doch weniger empfänglich dafür als das wilhelminische Bürgertum und Kleinbürgertum.

Im August 1914 meldeten sich viele deutsche Juden freiwillig zur Front, in der Hoffnung, durch diese Demonstration ihrer »nationalen Zuverlässigkeit« endlich vorbehaltlos akzeptiert zu werden. Doch die Hoffnung trog. Seit Herbst 1914 machten sich wieder verstärkt antisemitische Ressentiments geltend, und sie radikalisierten sich in dem Maße, wie die sozialen Spannungen im Laufe des Krieges wuchsen. Die Alldeutschen und ihre Gesinnungsfreunde im rechtskonservativen Kriegsziellager nutzten die Situation, um die durch die Nöte des Kriegsalltags entstandene Missstimmung auf die seit je verfeimte Minderheit zu lenken. Seit Ende 1915 wurden die Behörden mit Beschwerden über abgeblühte jüdische »Drückeberger« und »Kriegsgewinnler« überschwemmt. Daraufhin ordnete das preußische Kriegsministerium im Oktober 1916 eine statistische Erhebung über die Dienstverhältnisse der deutschen Juden im Kriege an. Diese so genannte »Juden-zählung«, die einem durch nichts gerechtfertigten Verdacht der Antisemiten folgte, war eine administrative Ungeheuerlichkeit. Die deutschen Juden mussten sich einer »Sonderbehandlung« unterziehen, und dies zu einem Zeitpunkt, wo viele von ihnen bereits ihr Leben für das Vaterland geopfert hatten. »Das nach zwei Jahren großer Zeit und völliger Hingabe an unsere Heimat! Mir ist, als hätte

ich eben eine furchtbare Ohrfeige erhalten«, notierte ein jüdischer Kriegsteilnehmer im Oktober 1916. Im Herbst 1918, als sich die militärische Niederlage abzeichnete, verschärfte sich die antisemitische Hetze. Die Kampagne gegen »Drückeberger« und »Kriegsgewinnler« verband sich jetzt mit dem bössartigen Vorwurf, das deutsche Heer sei durch die »Wühlarbeit« von Juden und Linken um die Früchte seines Sieges geprellt worden. Die »Dolchstoßlegende« sollte zur giftigsten Waffe der politischen Rechten werden; die Leidtragenden waren vor allem die deutschen Juden.

Nervöse Zeiten

Im Jahr 1896 zeigte sich der nationalliberale Historiker Max Lenz merkwürdig berührt durch die allenthalben grassierende Fin-de-siècle-Stimmung. »Wenn zum Glück vor allem Zufriedenheit und Behagen gehören, so haben alle Reichtümer und Rechte es nicht herbeibringen können; sie haben uns nur den alten Frieden genommen und machen uns täglich nervöser.«

Diesen Eindruck teilte der Historiker mit Künstlern, Schriftstellern und vielen anderen Zeitgenossen. Nervosität war das Grundgefühl der Epoche. Wer um die Jahrhundertwende zum ersten Mal nach Berlin kam, der war durch die ungewohnte Hektik des großstädtischen Verkehrs geradezu geschockt: »Das Getriebe in den Hauptverkehrsstraßen wie Leipziger- und Friedrichstraße ist förmlich betäubend; die elektrischen Wagen aller Art, Droschken, Drei- und Zweiräder zu Hunderten fahren neben-, vor-, hinter- und oft aufeinander, das Läuten aller dieser Vehikel, das Rasseln der Räder ist ohrenzerreißend, der Übergang der Straßen ein Kunststück für den Großstädter, eine Pein für den Provinzler.«

An die Stelle von Pferdedroschke und -omnibus trat die »Kraftdroschke« und die Elektrische Eisenbahn. Hinzu kam die Stadtbahn und der Bau eines U-Bahn-Netzes. »Wir leben in einer schnelllebigen

Zeit«, bemerkte der Theaterkritiker Alfred Kerr 1897 über »die alles nivellierende Ära der Elektrizität«. Tatsächlich galt der Grad der Elektrifizierung als Ausweis von Modernität, und Berlin wetteiferte hierin mit anderen europäischen Metropolen. Festlich illuminiert auch bei Nacht waren die Schaufenster der großen Warenhäuser – Wertheim, Tietz und Karstadt –, die neuen Konsumtempel, die mit breitem Sortiment und niedrigen Preisen die Kundschaft lockten. Der Berliner Flaneur Franz Hessel rühmte die Berliner Kaufhäuser als »übersichtliche Schauplätze großer Organisation«. »Sie verwöhnen die Besucher durch das hohe Niveau ihres Komforts.«

Die modernen Verkehrsmittel und Konsumgewohnheiten veränderten den Lebensrhythmus. Eine neue Zeitökonomie ergriff Besitz von allen Bereichen des Alltags. »Tempo« wurde zum Schlüsselwort. »Das Tempo Berlins beschleunigt sich ständig, mit ihm aber auch die Ungeduld und Nervosität des Berliners«, hieß es in einem Rückblick auf das Berlin der Jahrhundertwende. Jules Huret, ein französischer Journalist in Berlin, beobachtete 1907: »Heute reißt die geschäftliche Unrast alles in ihrem Wirbel mit sich, jeder empfindet die Notwendigkeit, rasch zu gehen. Wer stecken bleibt, dem ist nicht zu helfen.«

Die Erfahrung der Beschleunigung wurde durch die Revolution der Kommunikationsmittel noch verstärkt. Um 1900 war das Telefon bereits in vielen Behörden und Haushalten eingeführt. Durch die drahtlose Telegrafie konnten Meldungen aus allen Teilen der Welt in kürzester Zeit über die Nachrichtenagenturen in die Redaktionen gelangen. Mit Hilfe neuer Drucktechniken konnten Zeitungen nicht nur schneller, sondern auch in Massenaufgaben hergestellt werden. Die drei großen Berliner Zeitungsverlage – Mosse, Scherl und Ullstein – wetteiferten darin, im Rennen um neue Abonnenten und Käufer die Nase vorn zu haben. Die 1904 von Ullstein gegründete »B.Z. am Mittag« schlug, was Schnelligkeit anging, alle Rekorde: Von der Bekanntgabe der letzten Börsenmeldung bis zur Verbreitung der ersten Exemplare innerhalb Berlins vergingen nur 8 Minuten.



Pferdebahnen in der Leipziger Straße in Berlin, 1897.

In die beiden Jahrzehnte vor 1914 fielen auch die Pionierjahre des Films. Im November 1895 präsentierten die Brüder Max und Emil Skladanowsky mit ihrem »Bioscop«, einem Doppelbildprojektor, erstmals bewegte Bilder. Zehn Jahre später war aus der Variété-Nummer bereits eine Industrie geworden, zogen »Lichtspielhäuser« ein wachsendes Publikum an. Wie kein anderes Medium populärer Unterhaltung spiegelte der frühe Stummfilm mit seiner flirrenden Bilderfolge die nervöse Unruhe der Zeit.

Um die Jahrhundertwende häuften sich die Klagen über eine Zunahme von Nervenleiden, vor allem unter der großstädtischen Bevölkerung. »Neurasthenie« – der vom New Yorker Nervenarzt George M. Beard (1839–1883) geprägte Begriff – machte im Kaiserreich Karriere. »Raste nie, doch haste nie, sonst haste die Neurasthenie«, dichtete der damals populäre Schriftsteller Otto Erich Hartleben. Tatsächlich brachten der beschleunigte technisch-industrielle Wandel, die Revolution der Verkehrs- und Kommunikationsmittel, die Entstehung einer modernen Massenkultur nicht nur Erleichterungen und Attrakti-

onen, sondern auch neue Anforderungen und Belastungen mit sich, die die Nerven angriffen und die Gemüter reizten. Joachim Radkau hat in seinem Buch »Das Zeitalter der Nervosität« (1998) gezeigt, dass das Reden über die Modekrankheit Neurasthenie auch »ein halbverdeckter Diskurs über die Sexualität« war, die im wilhelminischen Deutschland mit starken Tabus belastet war.

In der nervösen Reizbarkeit liegt vermutlich auch der Schlüssel zur Erklärung für jenes eigentümliche Nebeneinander von Fortschritts-optimismus und Zukunftsangst, von Techniqueuphorie und Endzeitstimmung, wie es für die kollektive Befindlichkeit der Wilhelminer charakteristisch war. Als die »Titanic«, dieses Wunderwerk moderner Technik, im April 1912, vibrierend im Geschwindigkeitsrausch, einen Eisberg rammte und in den Fluten des Atlantiks versank, da wurde diese Katastrophe von vielen Menschen auch im Kaiserreich als Menetekel wahrgenommen.

Am deutlichsten wurde das weitverbreitete Gefühl, am Vorabend einer Zeitenwende zu stehen, von der jungen expressionistischen Künstlergeneration zum Ausdruck gebracht, die in Malerei und Literatur in den Jahren vor 1914 auf sich aufmerksam machte. Wie kein anderer hat der Lyriker Georg Heym, der im Juni 1912 beim Eislaufen auf der Havel ertrank, in seinem Gedicht »Der Krieg« (1911) die kommende Apokalypse angekündigt: »Aufgestanden ist er, welcher lange schlief,/ Aufgestanden unten aus Gewölben tief./ In der Dämmerung steht er, groß und unbekannt,/ Und den Mond zerdrückt er in der schwarzen Hand.«

Der Hererokrieg

Am 12. Januar 1904 erhoben sich die Herero, ein Stamm in Deutsch-Südwestafrika, unter Führung ihres Häuptlings Samuel Maharero gegen die deutsche Kolonialherrschaft. Sie überfielen Farmen, zerstörten die wichtige Eisenbahnlinie zwischen dem Hafen von Swakop-

mund und der Hauptstadt Windhuk und unterbrachen die Telegrafverbindungen. Trotz mancher Vorwarnungen kam der Aufstand für die deutsche Kolonialverwaltung vollkommen überraschend. Zwar hatte es, seit die deutsche Regierung sich Anfang der 1890er Jahre entschlossen hatte, das 1884 erworbene »Schutzgebiet« zur deutschen Kolonie auszubauen, immer wieder kleine Erhebungen gegeben. Doch war es dem deutschen Gouverneur, Major Theodor Leutwein, insgesamt gelungen, die Rivalitäten zwischen den Stämmen zu schüren und die Häuptlinge gegeneinander auszuspielen. Diesmal aber versagte die Taktik des *divide et impera*.

Es war nicht nur der Verlust immer größerer Teile ihres Landes, darunter gerade der besten Weideflächen, der die Herero zum Aufstand trieb. Noch mehr erbitterte sie die Behandlung, die sie durch die deutschen Kolonialherren erfuhren. Für die meisten weißen Siedler waren die »Neger« Menschen zweiter Klasse, primitive, faule, triebhafte Wesen, denen man die Maßstäbe europäischer »Gesittung« und »Arbeitsmoral« buchstäblich einbläuen musste. Prügelstrafen aus geringfügigen Anlässen waren an der Tagesordnung; Morde an Schwarzen wurde gar nicht oder nur geringfügig bestraft. »Der Missionar sagt, daß wir Gottes Kinder sind wie die weißen Brüder, aber seht uns doch an. Wie Hunde, Sklaven, schlechter als die Paviane auf dem Felsen behandelt ihr uns«, klage ein Herero.

In den ersten Wochen des Aufstands hatten die Herero-Krieger die Oberhand. Sie töteten über 100 Siedler, rührten allerdings das Leben der Missionare nicht an, auch Frauen und Kinder blieben verschont. Dennoch gelangten bald Berichte in die deutsche Presse, in denen von der barbarischen »Abschlachtung weißer Frauen« die Rede war. Auf diese Weise sollte der Hass gegen die Herero geschürt und Stimmung für die Bewilligung zusätzlicher Militärausgaben gemacht werden. Die jungen deutschen Soldaten, die sich zu Tausenden freiwillig für den Einsatz in der Kolonie meldeten, betraten den afrikanischen Boden mit dem festen Willen, wie Gustav Freytag seinen Helden in »Pe-